

Antrag W02: Keine weitere Erhöhung der Tabaksteuer – gegen eine Mehrbelastung von sozial Schwächergestellten

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in:	RV Ost
Status:	angenommen in geänderter Fassung

1 Eine Erhöhung der Tabaksteuer für Zigaretten und Feinschnitt (Dreh- und Stopftabak)
2 belastet einkommensschwache Haushalte finanziell überproportional. Um diese Belastung
3 sozial auszugleichen und gleichzeitig die gesundheitspolitischen Ziele der
4 Tabaksteuer zu stärken, fordern wir:

- 5 • Die zusätzlichen Einnahmen aus der Tabaksteuer sollen in den Bundeshaushalt für
6 Präventionsmaßnahmen sowie kostenfreie oder niedrigschwellige Angebote zur
7 Tabakentwöhnung fließen. Diese Angebote sollen insbesondere einkommensschwachen
8 Menschen zugutekommen und den Ausstieg aus der Nikotinabhängigkeit erleichtern.
- 9 • Die Tabaksteuer soll stufenweise erhöht werden, um Verbraucherinnen und
10 Verbrauchern eine schrittweise Anpassung zu ermöglichen und den Umstieg auf ein
11 rauchfreies Leben zu unterstützen.
- 12 • Ein Teil der zusätzlichen Einnahmen soll in Präventionsprogramme für Kinder und
13 Jugendliche investiert werden, um den Einstieg in den Tabakkonsum nachhaltig zu
14 verhindern.

15 Begründung

16 Bereits heute unterliegen Tabakprodukte einer erheblichen Steuerbelastung, die vor
17 allem einkommensschwache Raucher:innen trifft. Diese Steuer wirkt in ihrer aktuellen
18 Ausgestaltung stark regressiv: Sie trifft einkommensschwache Raucher:innen im
19 Verhältnis zu ihren finanziellen Mitteln überproportional hart. Eine weitere Erhöhung
20 der Tabaksteuer verstärkt diese soziale Schieflage massiv. Gleichzeitig zeigt sich
21 ein soziales Gefälle beim Rauchen: Der Raucheranteil ist in einkommensschwachen
22 Gruppen oft mehr als doppelt so hoch wie bei Personen mit hohem sozioökonomischem
23 Status, und sie hören seltener mit dem Rauchen auf.

24 Die Annahme, dass Steuererhöhungen primär lenkend wirken und pauschal zu einem
25 Rauchstopp führen, greift zu kurz. Nikotinabhängigkeit ist eine anerkannte
26 Suchterkrankung, die sich nicht allein über den Preis regulieren lässt. Statt zu
27 einer Konsumminderung oder einem vollständigen Rauchstopp führen Preissteigerungen
28 bei vielen Betroffenen lediglich zu einer effektiven Verringerung der verfügbaren
29 finanziellen Mittel für andere Ausgaben des täglichen Lebens. Die finanzielle
30 Belastung wird damit vor allem für jene größer, die ohnehin nur über geringe
31 finanzielle Mittel verfügen. Dies verschärft die Armut und schränkt die
32 gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen weiter ein.

33 Eine gerechte Gesundheitspolitik setzt stattdessen an den Ursachen an. Sie fokussiert
34 sich auf den Ausbau von Prävention, flächendeckenden, kostenfreien
35 Entwöhnungsangeboten und einer dauerhaften Stärkung der Suchthilfe.

36 Eine progressive Steuerpolitik muss sich stets an der wirtschaftlichen
37 Leistungsfähigkeit der Menschen orientieren, anstatt sozial Benachteiligte weiter zu
38 belasten.

